

Leseprobe

Tilman P. Fichter/Siegward Lönnendonker

Geschichte des SDS

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund
1946-1970

Mit einem Vorwort von Klaus Meschkat
und einem Bildteil von Klaus Mehner †



AISTHESIS VERLAG

Bielefeld 2018

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Aisthesis Verlag Bielefeld 2018
Postfach 10 04 27, D-33504 Bielefeld
Satz: Germano Wallmann, www.geisterwort.de
Druck: docupoint GmbH, Magdeburg
Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-8498-1259-1
www.aisthesis.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Klaus Meschkat	9
Einleitung: Quer zur Logik des Kalten Krieges	17
1. Kapitel: Soldatengeneration	30
Westdeutsche Universitäten in der Nachkriegszeit	30
Der studentische Alltag nach Hitler	31
Entnazifizierung der Hochschule – Symptom einer ausgebliebenen Erneuerung	32
Verzicht auf ein „politisches Mandat“	33
Die sozialistischen Studenten: Neubeginn und Kontinuität	34
Die besondere Situation in Berlin	35
Die Herausbildung des überregionalen Studentenbundes	37
Der Hamburger Gründungskongreß	38
Student und Politik	40
Der erste Unvereinbarkeitsbeschluß	43
Das abgemusterte Offizierskorps	45
Generationswechsel	46
Antikommunismus oder linke Stalinismuskritik	48
Die „Eschweger Richtlinien“	49
Die erste verlorene Bundestagswahl	52
Begeisterung für Europa	53
Erste Theorie-Diskussionen	56
Der Tod von Kurt Schumacher	57
Wie die Alten, so die Jungen	57
Die Sozialistische Hochschulgemeinschaft (SHG)	58
Die zweite verlorene Bundestagswahl	59
Die FU-Gruppe: Auf nach Godesberg!	59
2. Kapitel: Flakhelfer- und HJ-Generation	61
Der Bundesvorstand Lohmar/Arndt	61
Beginn der Wehrdebatte	61
Hochschule und Gesellschaft	62
Militanter Protest und Bewußtsein	63
Studentenschelke	64
SDS und Gewerkschaften	65
Wiederbewaffnung und nationale Frage	66
SDS versus FDJ	68
„Unser Standpunkt“	71

Der lange Marsch nach links	73
Remilitarisierung	73
Die „Paulskirchenbewegung“	75
Das zerrissene Testament des Ulrich Lohmar	77
„Gastrecht“ für KPD-Studenten	80
Theorie: Tabu oder Fetisch?	81
Adenauers „Weiterentwicklung der Artillerie“	85
Rückzug in den Elfenbeinturm	86
Dornröschens Erwachen	86
3. Kapitel: Eine Zwischengeneration im Kampf gegen die Atombombe	90
Oswald Hüller: Zwischen Antistalinismus und Linksopportunisten	90
Der Studentenkongreß gegen Atomrüstung	92
Der Kongreß für Demokratie – gegen Restauration und Militarismus	94
Die Suspension von Oswald Hüller	97
Eine undogmatische linke Mehrheit	100
Anatomie einer Ausgrenzung	103
„Ungesühnte Nazijustiz“	106
Die Spaltung des SDS	109
„Abschied vom Elfenbeinturm“	110
Konformismus und Nonkonformismus	112
Trotz alledem	114
„Arm, aber ungebrochen“	116
Die Mauer	117
NÖSPL: Ulbricht versucht, die DDR zu retten	119
Die XVI. ordentliche Delegiertenkonferenz des unabhängigen SDS	120
Die „Sozialistischen Förderergemeinschaften“	124
Der Unvereinbarkeitsbeschluß	125
Die stabilisierende Funktion der Mittelgruppe	128
4. Kapitel: Rebellion der Kriegskinder	130
Seminar marxismus	131
Freud – Marcuse – Reich	135
Subversive Aktion	141
Die Eroberung der Universität	144
Demokratie vor dem Notstand	145
„Schaut auf diese Stadt!“ (Ernst Reuter, 1948)	147
Kuby, Krippendorff, Korporationen	150
Das Vietnam-Semester in Berlin	152
Die Plakataktion	155
Kongreßpolitik	159
... stürmt die Festung Universität!	165
Der Ausschluß der Kommune I	167

Die Revolte – Der 2. Juni 1967	175
Zu Kurras	175
Habermas versus Dutschke	178
Israel-Kritik von links	181
Frankfurt, Tübingen, Göttingen... ..	185
Die Narodniki von Berlin	186
Das Ende der Utopie	188
Das Schulungsprogramm	192
Die XXII. Delegiertenkonferenz: die überraschende Krahl-Dutschke-Allianz	193
Kritische Universität (KU)	200
Die Anti-Springer-Kampagne	202
„Vietnam ist das Spanien unserer Generation...“	204
Das Attentat	209
Mai 1968	211
Die „Schlacht am Tegeler Weg“	220
Die Kritik von Jürgen Habermas	221
Der Frankfurter Aktive Streik	223
Die Zäsur	225
5. Kapitel: Der autonome SDS und die DDR	227
Das Deutschlandtreffen der FDJ	227
Universitätsöffentlichkeit und deutsch-deutsche Befindlichkeiten	229
Zwischenbilanz	230
Vorläufiger Abbruch der SDS-FDJ-Gespräche	231
Robert Havemann (1910-1982)	232
Agenten im SDS	234
Peter Heilmann und die Stasi	238
„KPD-Gaststudenten“	240
Helmut Lindemann und die Bahrsche Deutschlandpolitik	242
Die neue Frankfurter Linie	243
Prag 1968	250
Berliner Nebenschauplatz	252
6. Kapitel: Die neue Frauenbewegung im SDS	256
Der Tomatenwurf der Berlinerinnen	256
Die Frankfurter Frauen	258
7. Kapitel: Die Seinskrisis des SDS	263
Die vermastelte Abschaffung	263
„Voigtisten“ contra „Ganselisten“	266

8. Kapitel. Abgrenzung von der Volksgemeinschaft	268
SDS und Musik	268
SDS Literatur und Theater	269
Postscriptum	282
Die Berliner SDS-Story von Klaus Mehner	284
Anhang	310
SDS-Delegiertenkonferenzen 1946–1968	310
Landesvertreter (bis 1949)	310
Beiratsmitglieder des Bundesvorstands	310
SDS-Bundessekretäre	315
Quellen- und Literaturverzeichnis	316
Abkürzungsverzeichnis	327
Personenverzeichnis	333
Über die Autoren	343

Soziologisch-analytisch betrachtet, darf man aber sagen, daß die Kulturrevolution von '68 das Datum war, an dem der zivile Staat sich in der Bundesrepublik durchgesetzt hat – gegen die Vertreter der deutsch-autoritären Tradition. Hierin liegt die nicht hoch genug zu veranschlagende Bedeutung von '68 für die westdeutsche Gesellschaft, auch wenn die Phantasie verlorengegangen sein mag.
(Karl Heinz Bohrer 1998)

Einleitung: Quer zur Logik des Kalten Krieges

Die Kategorie der „Generation“ – so Theo Pirker – erweise sich bei der Geschichte des SDS als „besonders fruchtbar“. Der Generationenbegriff, 1928 von Karl Mannheim in die Soziologie eingeführt, bezieht sich auf die „relative Gleichartigkeit“, die in einer Generation „aufgrund gemeinsamer Tatsachenerfahrung“ ausgeprägt worden sind. Ein und dasselbe historische Ereignis wird von unterschiedlichen Generationen wahrgenommen und emotional verarbeitet. So z. B. von den Mitgliedern der „Soldatengeneration“ von Helmut Schmidt (Jahrgang 1918) oder Heinz-Joachim Heydorn (Jahrgang 1916) oder der Generation „Kriegskinder“, also der Alterskohorte von Rudi Dutschke (Jahrgang 1940) oder Hans-Jürgen Krahl (Jahrgang 1943).

Den Lesern soll in unserer „Geschichte des SDS“ noch einmal die lange Vorgeschichte der studentischen Revolte von 1967/68 gegen die Logik des Kalten Krieges in Erinnerung gerufen werden. Zwei Namen symbolisieren diese kulturevolutionären Auseinandersetzungen im Nachkriegsdeutschland: Helmut Schmidt und Rudi Dutschke. Obwohl beide im SDS intellektuell sozialisiert wurden, war ein Dialog zwischen ihnen unmöglich. Ihre – und unsere – Geschichte haben wir hier rund 70 bzw. 50 Jahre danach aufgeschrieben.

Anfang September 1946 gründeten in Hamburg 84 zumeist männliche Kriegsheimkehrer (15 Delegierte waren Frauen) „im abgeschabten Offiziersledermantel“ den SPD-nahen „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS). Und 1947 wurde in Bielefeld Helmut Schmidt mit 42 gegen 8 Stimmen zum SDS-Vorsitzenden für die britische Besatzungszone gewählt. Rund zehn Jahre danach setzte eine undogmatische Linksgruppierung im Umfeld von Jürgen Seifert (Jahrgang 1928) auf der ordentlichen Delegiertenkonferenz im Sommer 1959 in Göttingen ihren Führungsanspruch gegen die parteitreuen „Godesberger“ bzw. die kryptokommunistische „konkret“-Gruppierung durch. Der lange Marsch in die antiautoritäre Revolte begann.

War das Denken der ersten Nachkriegsgeneration im SDS wesentlich durch die Erfahrungen im „Dritten Reich“ und dem Zweiten Weltkrieg geprägt, so wurden die Emotionalität und Intellektualität der undogmatischen Zwischengeneration der „neuen Linken“ im SDS Ende der 50er Jahre hauptsächlich

durch Hiroshima und Nagasaki bestimmt. Die politische und kulturelle Kluft zwischen der Helmut-Schmidt-Gründergeneration und der undogmatischen neuen Mehrheit im SDS im Umfeld von Monika und Jürgen Seifert, Oskar Negt oder Michael Schumann war letztlich unüberbrückbar. Im dritten Kapitel unseres Buches stellen wir diesen Entfremdungs- bzw. Spaltungsprozeß zwischen zwei so unterschiedlichen Generationskulturen ausführlich dar, nicht zuletzt auch deshalb, weil dieser generationsspezifische Konflikt innerhalb der westdeutschen Sozialdemokratie zu tiefen emotionalen Blockaden und persönlichen Verwerfungen geführt hat, die unterirdisch in der SPD noch lange nachbeben. Andererseits können wir aber auch im nachhinein feststellen, daß diese Abspaltung einer akademisch-intellektuellen „neuen Linken“ von der Godesberger SPD zugleich auch die Generalprobe und Voraussetzung für die spätere antiautoritäre Revolte der 68er Generation gegen jede Form obrigkeitstaatlichen Denkens gewesen ist.

Im Jahre 1947 fand im SDS ein ziemlich drastischer Wechsel statt: Auf der II. ordentlichen Delegiertenkonferenz in Bielefeld löste der Ex-Oberleutnant der Luftwaffe, Helmut Schmidt, den von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilten Wehrmachtsdeserteur, Heinz-Joachim Heydorn, als SDS-Vorsitzender für die britische Besatzungszone ab. Zwar stand Schmidts antinationalsozialistische Gesinnung – so der Historiker der Friedrich-Ebert-Stiftung Willy Albrecht – „zweifelsfrei fest“; doch Schmidt hatte sich im Gegensatz zu Heydorn nie gegen das NS-Regime aufgelehnt. Er hielt Widerstand für sinnlos. Dieser Wechsel vom Deserteur zum Oberleutnant war alles in allem schon bemerkenswert.

Die zweite SDS-Generation war (in Kindheit und Jugend) vom Nationalsozialismus geprägt worden. Die HJ- bzw. Flakhelfergeneration im SDS – so z. B. Ulrich Lohmar (Jahrgang 1928) oder Claus Arndt (Jahrgang 1927) – stand in den 50er Jahren weitgehend im Schatten der Frontgeneration. Nicht der moderne Vernichtungskrieg hatte das Denken und Fühlen dieser Zwischengeneration geprägt, sondern – so Peter Schneider – die Erziehungsmethoden und -rituale der Nationalsozialisten. Viele von ihnen hatten die NS-Jahre keineswegs als Schreckensjahre an der Front, im KZ oder im Exil erlebt. Ihre Psyche war vielmehr oftmals durch die Geborgenheit im „Jungvolk“-Fähnlein bzw. in der Jugendwelt der HJ- oder BDM-Lager geprägt worden. Die HJ kannte keine Debattenkultur, sie sozialisierte die Jugendlichen vielmehr im Glauben an Hitler und Großdeutschland. Die jungen Nazis erlebten die letzten Kriegswochen zumeist als Kanonenfutter im „Volkssturm“ oder – wie z. B. Günter Grass – in rasch noch zusammengewürfelten Einheiten der Waffen-SS. Die militärische Niederlage des Deutschen Reiches war für die meisten eine Art Naturkatastrophe. Für die HJ-Generation darf man wohl mehrheitlich ein Gefühl des „Betrogenwordenseins“ (Rolf Schörken) annehmen. Obwohl die Mehrheitskultur innerhalb der HJ-Generation im SDS nur wenige Spuren hinterließ, hat sie jedoch mit ihrem tiefen Skeptizismus die Politik der SPD in den 70er und 80er Jahren stark beeinflusst.

Zwar war der SDS bis zum Jahre 1961 letztlich immer ein organisatorisch autonomer Studentenbund gewesen, gleichwohl hatte sich der Verband all die Jahre hindurch als fester Bestandteil des sozialdemokratischen Milieus verstanden. Durch die Abspaltung des parteitreuen „Sozialdemokratischen Hochschulbundes“ (SHB) und den Ausschluß einiger Mitglieder der pazifistisch-prokommunistischen „konkret“-Gruppierung erreichte der SDS Anfang der 60er Jahre jedoch eine bemerkenswerte politische und theoretische Geschlossenheit. Damals vereinigten sich in den rund 20 Hochschulgruppen des linkssozialistischen Studentenbundes drei Qualitäten, die sonst meist auseinanderfallen: die Erfahrung der Ausgrenzung aus einer hergebrachten politischen Heimat, rebellische Subjektivität und eine starke theoretisch-intellektuelle Neugier.

Der Aufstand des Seifert-Negt-SDS war übrigens auch eine Abrechnung mit dem Fundamentalskeptizismus der eigenen Alterskohorte. Jürgen Seifert hatte sich Anfang der 50er Jahre in der Bündischen Jugend (zunächst in der „Deutschen Freischar“, danach in einer Fahrtengruppe der „Deutschen Jungenschaft e. V.“) von seiner HJ-Sozialisation emanzipiert, und Oskar Negt zählte schon früh zu den philosophischen Protagonisten der Kritischen Theorie im Umfeld des Leiters der Bildungsabteilung der IG Metall, Hans Matthöfer. Beide standen dem dogmatischen Sowjetmarxismus kritisch gegenüber und verteidigten gleichzeitig den Utopiegehalt der Marxschen Lehre.

Nach Godesberg verstießen die „Modernisierer“ um Willy Brandt, Willi Eichler, Helmut Schmidt u. a. ihren schwierigen Studentenbund, und Herbert Wehner nutzte die Abspaltung der 111 rechten Ex-SDSler und unterstützte den neuen parteikonformen SHB. Die Gründer bekannnten sich in ihrer Mehrheit denn auch ausdrücklich zum Godesberger Programm. Sie waren ganz offensichtlich der ständigen kritischen Distanz des SDS zur SPD überdrüssig.

Der undogmatische SDS versuchte, das in der Godesberger SPD vorherrschende Theoriedefizit durch eine an Karl Marx, Rosa Luxemburg, Ernst Bloch, Otto Bauer, Karl Korsch, Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Herbert Marcuse, Ernst Bloch und Walter Benjamin geschulte soziologische Denkweise aufzufüllen. Aber auch der Linkssozialist Fritz Lamm, der Berliner Rätekommunist Willy Huhn, beide keine Universitätslehrer, sowie der im Pariser Exil lebende österreichische Sozialphilosoph und Journalist André Gorz spielten im intellektuellen Leben des SDS wichtige Rollen. Die Wege der SPD und des SDS trennten sich, und in den kommenden Jahren schuf der SDS an den westdeutschen Hochschulen und Universitäten mit die Grundlage für die antiautoritäre Revolte der Studenten von 1967/68.

Ein weiterer wichtiger Impuls für die Revolte kam von der „Subversiven Aktion“, einem auch heute noch weitgehend unbekanntem Zirkel west- und ostdeutscher Intellektueller, im Umfeld von Rudi Dutschke, Bernd Rabehl, Dieter Kunzelmann, Frank Böckelmann und Herbert Nagel. Für diesen Zirkel hieß die provozierende Quintessenz aus ihrer Theorie und Praxis: „Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern.“ Dutschke und Rabehl wollten den SDS zunächst

unterwandern, um „die politische Ausrichtung und die Kampfformen des SDS insgesamt zu ändern“. (Ihre stattdessen stattgefundene Integration in den Verband mag die Leserin/der Leser selbst verfolgen.)

Letztlich ging es 1961 im SDS um die Frage, ob der kapitalismuskritischen Intelligenz im Vorfeld der SPD vom Parteivorstand eine eigenständige Rolle zugestanden werden konnte. Durch den Beschluß der Unvereinbarkeit der Mitgliedschaften in der SPD und im SDS am 6. November 1961 hat der damalige Parteivorstand dieses Recht der linken Intellektuellen verneint. Langfristig hat dieser Unvereinbarkeitsbeschluß jedoch auch eine Entwicklung eingeleitet, die u. E. mit der verhängnisvollen Zustimmung Willy Brandts zum „Radikalerlaß“ der Ministerpräsidenten der Länder am 18. Februar 1972 und der Gründung der lebensreformerischen Partei der „GRÜNEN“ im Jahre 1978 endete.

Wer sich für die Vorgeschichte dieses auch generationsspezifisch bedingten Schismas zwischen „Rot“ und „Grün“ in der alten Bonner Bundesrepublik interessiert, kann in unserer Darstellung der Abspaltung der „Godesberger“ vom SDS bzw. der Neuformierung einer undogmatischen Linken jenseits der SPD sicherlich einige wichtige, heute weitgehend vergessene historische Zusammenhänge nachlesen.

Im vierten Kapitel versuchen wir dann, eine lesbare und zugleich übersichtliche Darstellung der Organisations-, Politik- und Aktionsgeschichte des SDS nach dem Unvereinbarkeitsbeschluß zu geben. Unsere Hauptthese ist, daß es diesem relativ kleinen Studentenbund (rund 1200 Studentinnen und Studenten) Mitte der 60er Jahre gelungen ist, an den seit ca. 100 Jahren von rechts beherrschten Universitäten in Deutschland eine Tendenzwende nach links durchzusetzen.

Bis zur Studentenbewegung dominierten an den deutschen Universitäten autoritäres Denken und Verhalten. Auch nach 1945 hatten sozialistisch- bzw. bürgerlich-demokratische Studentenverbände im Vergleich zu den Burschenschaften und Corps nur einen relativ geringen Einfluß auf die intellektuelle und politische Sozialisation der ersten Studentengenerationen nach Hitler. Noch im Sommersemester 1957 – auf dem absoluten Höhepunkt der Adenauer-Ära – konstatierten Jürgen Habermas, Ludwig von Friedeburg u. a. in einer empirischen Studie an der Frankfurter Universität, wie wir heute wissen recht voreilig, das „definitiv demokratische Potential“ unter den Studenten betrage lediglich 9 %. In den Jahren des antiautoritären Aufstandes 1967/68 sollte sich dies allerdings ändern.

Im fünften Kapitel „Der autonome SDS und die DDR“ spielt zunächst die erstmalige offizielle Teilnahme einer neunköpfigen SDS-Delegation am „Deutschlandtreffen der FDJ, das in Ost-Berlin vom 16. bis zum 18. Mai 1964 stattfand, eine gewichtige Rolle. Dort vertrat der 2. Bundesvorsitzende Hellmut Lessing den nunmehr von der SPD unabhängigen SDS und forderte von der DDR-Regierung die sofortige Freilassung des nach Ost-Berlin verschleppten und danach in einem Schauprozess zu 13 Jahre Haft verurteilten

ID-Metall-Redakteurs Heinz Brandt. An dieser Debatte über die politische Justiz in der DDR bzw. die Wissenschaftsauffassung der SED-Staatspartei beteiligten sich u. a. der damalige Chefpropagandist Kurt Hager sowie der inzwischen zum Professor berufene Atomspion Dr. Klaus Fuchs. Die Ausgabe der SDS-Zeitschrift „neue kritik“ mit Lessings Referat wanderte schon bald – vielfach kopiert – an allen DDR-Universitäten bzw. Forschungseinrichtungen von Hand zu Hand. Letztlich spielte der SDS auf dem Debatten-Terrain neben dem eingespielten Koexistenz-Duo Bahr-Ulbricht eine eigenständige Rolle. Auf der Informationsveranstaltung des SDS im völlig überfüllten Theatersaal des Henry-Ford-Baus der FU am 2. Juni 1964 gelang es des sozialistischen Studenten erstmalig, die deutschlandpolitische Sprachlosigkeit im eingemauerten West-Berlin zu durchbrechen. In den folgenden Wochen gewann der Berliner SDS dann eine Reihe von neuen Mitgliedern, z. B. den späteren AStA-Vorsitzenden Jürgen Treulieb sowie den späteren SDS-Ökonomen Ulrich Ströhle.

Sodann ziehen wir Bilanz und setzen uns mit dem massiven Vorwurf der Bonner Politik bzw. der konservativen Presse (FAZ, Welt) auseinander, der SDS sei seinerzeit längst von Stasi-Einflußagenten unterwandert gewesen. Anhand von mehreren aufgeklärten Fällen, wie z. B. dem des Doppelagenten für den Bundesverfassungsschutz und das Ministerium für Staatssicherheit, Dietrich Staritz, bzw. dem des DDR-Kundschafterpärchens Peter und Gertraude Heilmann, widerlegen wir die Vorwürfe weitgehend. Nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Armeen im August 1968 in Prag brachen dann der SDS-Bundesvorstand und die große Mehrheit der SDS-Hochschulgruppen alle offiziellen Kontakte zum Zentralrat der FDJ in Ost-Berlin bzw. zum SED-Parteivorstand ab. Später hat man dann in Kreisen der Bonner Politik dem SDS vorgeworfen, ein Studentenbund könne sich eine solche moralische Reaktion leisten, ein Staat mit langfristigen deutschen Interessen jedoch nicht.

Die APO trat Ende der 60er Jahre für das Ganze, also für eine grundsätzliche Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der westdeutschen Gesellschaft nach Hitler ein. Damals verloren wir die realen gesellschaftlichen Verhältnisse immer öfter aus den Augen. Unsere Tragik war, daß in dem Maße, in dem die sozialliberale Bundesregierung unter Willy Brandt die Gesellschaftskritik der APO – zumindest ansatzweise – in praktisches Regierungshandeln umsetzte, sich der harte Kern der APO, also der SDS und seine diversen Basisgruppen in den Städten und Roten Zellen an den Universitäten, immer weiter von der Reformdebatte entfernte. Andererseits hätte Brandt in der Wehner-Schmidt-SPD ohne eine Massenbasis in der Studentenschaft bzw. in der jungen Generation überhaupt keine Chance gehabt. Während sich Willy Brandt (und später Peter Glotz) über diese Paradoxie durchaus im Klaren waren, wollten die führenden Frauen und Männer im Dutschke-Krahl-SDS dieses Unterkapitel der Dialektik der Aufklärung seinerzeit nicht mehr zur Kenntnis nehmen.

Im Zeitalter der Globalisierung wächst sowohl in der Sozialdemokratie nach Willy Brandt als auch bei den Grünen und sogar in der SED-Nachfolgepartei

PDS/Die Linke erneut ein begrenztes Interesse an Theorien über den Kapitalismus. In der augenblicklichen Programmdebatte findet allerdings die schlichte Antwort der dogmatischen Marxisten auf die soziale Frage – die Armut der arbeitenden Massen werde durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel beseitigt – keinen großen Widerhall: Denn seit der Wende in Deutschland und dem Scheitern des leninistisch-stalinistischen Großversuchs UdSSR gilt diese These auch bei ehemaligen Stamokap-Aktivisten als nachweislich überholt. Eine neue akademische Linke an den Universitäten müßte deshalb diese Frage noch einmal stellen und versuchen, sie neu zu beantworten.

Ende der 1970er Jahre begriffen die wichtigsten Vordenker der maoistischen Kleinstparteien, daß ihre Offensivstrategie gescheitert war und lösten ihre Kadergruppen auf. Die Dekade der marxistisch-leninistischen Mobilisierung fand ein jähes Ende. Die Kraftreserven in der Studentenschaft waren ganz einfach erloschen. Aber auch die oppositionellen Sponti-Gruppen, wie z. B. der Frankfurter „Revolutionäre Kampf“ (RK), gingen in der multikulturellen Szene auf. An die Stelle von hierarchischen Kadergruppen trat jetzt ein loses Geflecht von „alternativen Institutionen“ (so 1978 Thomas Schmid) bzw. „Stadtteilindianern auf dem Kriegspfad“.

Mittlerweile hat sich diese antiautoritäre Szene erneut verändert: Ein gemeinsamer Antifa-Gender-Grundton herrscht an den Universitäten vor. Daneben gibt es noch einige wenige funktionierende Hochschulgruppen sowie ökologische Jugendzirkel. Aber auch der DKP-nahe „Marxistische Hochschulbund Spartakus“ samt seines allzeit treuen Bündnispartners „Sozialistischer Hochschulbund“ (SHB, ehemals „Sozialdemokratischer Hochschulbund“) gibt es nicht mehr. Beide haben sich kurz nach der Implosion der DDR verabschiedet. Stattdessen gründeten einige akademische Aktivisten der Linkspartei im Jahre 2001 den „Sozialistisch-demokratischen Studierendenverband (sds). Die Initiatoren – wahrscheinlich Elmar Altvater, Joachim Bischoff und/oder Frank Deppe – wollten verhindern, daß in diesem „Verband“ sich wieder neue bündische Strukturen herausbilden könnten. Auch ein Bezug auf die deutsche Nationalkultur ist unerwünscht.

Angesichts der zunehmenden Verschulung der deutschen Universität durch eine immer mächtiger werdende Bürokratie bzw. den Bologna-Prozeß täte u. E. die Wiedergründung eines analyse- und aktionsfähigen, überregionalen „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ an den Universitäten not. Die „Selbstauflösung“ des SDS am 21. März 1970 durch rund 400 anwesende Spontis auf Antrag von Udo Knapp war und ist ein strategischer Fehler, wie Ulrich Ströhle im April 2017 anmerkte.

Was heute viele Kritiker des SDS übersehen, ist die Tatsache, daß die Revolte von 1967/68 hauptsächlich eine Revolte der jungen Generation in den großen europäischen und nordamerikanischen Städten bzw. Universitätszentren gewesen ist. Und zu Europa zählten für uns damals bereits Warschau und Prag. Besonders das osteuropäische Engagement verdeutlicht nicht nur die

antikapitalistische, sondern auch die antistalinistische Stoßrichtung der 68er Studentenbewegung. Insofern stand der SDS in der Zeit von Helmut Schauer und Hartmut Dabrowski sehr bewußt in der SAP-Tradition des „Dritten Weges“ jenseits des Spätkapitalismus und des Sowjetmarxismus, eine von vielen Kritikern inzwischen verdrängte oder nicht ernstgenommene historische Tatsache, die besonders durch die Lektüre unseres vierten Kapitels ins politische Bewußtsein zurückgeholt werden soll. Ihre Position wird durch die damalige Veröffentlichungspolitik des SDS-Buchverlages „neue kritik“ auch heute noch deutlich. Nachdrucke des bis dahin verschollenen Werkes „Die Akkumulation des Kapitals“ von Rosa Luxemburg oder des „Roten Gewerkschaftsbuches“ aus dem Jahre 1932 stehen für diese Linie. (Die Mehrheit der SDS-Hochschulgruppen lehnte Mitte der 60er Jahre jedoch die „Sozialistische Arbeiterpartei“ (SAP) als Vorbild ab, da ihre Abspaltung im Herbst 1931 von der Mehrheitssozialdemokratie (aus Protest gegen die Tolerierungspolitik des damaligen SPD-Parteivorstands gegen die Brüning-Regierung) am 31. Juli bzw. am 6. November 1932 mit 0,1 % der abgegebenen Stimmen in einem parlamentarischen Fiasko geendet war.)

Ein weiterer Aspekt ist die in den 60er Jahren sich entfaltende gesellschaftswissenschaftliche Diskussionskultur in der Studentenschaft. Im Zentrum stand dabei die kollektive Arbeit am Originaltext, der oft erst wieder durch Raubdrucke verfügbar gemacht werden mußte. Die großen Verlage haben oftmals erst im Verlauf der Revolte sich auf ihre Rechte besonnen und Texte von u. a. Max Horkheimer oder Walter Benjamin neu aufgelegt. Diese Kultur wurde in den 60er Jahren vom SDS und befreundeten Zirkeln wie z. B. dem Berliner Argument-Club bewußt in zahlreichen Arbeitskreisen gepflegt und in den Seminarbetrieb der Universitäten eingebracht, dann allerdings in den 70er Jahren besonders von den maoistischen Kleinstparteien und später von den DKP-nahen Gruppierungen in den Fachschaften abgewürgt und in „Kapital-Arbeitskreisen“ zu parteikommunistischen Schulungsveranstaltungen umfunktioniert. Trotzdem bleibt von 1968 eine breite soziologische Orientierung im Denken von mindestens zwei Generationen in der alten Bonner Republik. Im Unterschied dazu war die SED bei ihrem Versuch, kritisches Denken an den ostdeutschen Universitäten zu verhindern, in vielen Fällen erfolgreich, so daß sich heute immer noch fast jeder Dialog zwischen der 68er Generation aus Westdeutschland mit ihren Generations-Kollegen aus der ehemaligen DDR schwertut, Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel. Wir hoffen, daß unser Buch auch hier helfen kann, verschüttete oder unbekannte Erfahrungen aus der alten Bundesrepublik zur Verfügung zu stellen. Die Rolle, die das neuvereinigste Deutschland in der zukünftigen Europäischen Union spielen wird, hängt nicht zuletzt vom innerdeutschen Dialog zwischen den unterschiedlichen demokratischen Kulturen ab.

Als Autoren, die damals in der Revolte groß geworden sind, fällt uns im heutigen Alltag der Universität eine wachsende Entsolidarisierung innerhalb der Studentenschaft, aber auch in der scientific community auf. Wenn in

Lehrbüchern ganze Kapitel herausgeschnitten werden, um den Kommilitonen im Wettbewerb um die besseren Noten um einiges voraus zu sein, stellt sich die Frage nach der politischen Kultur in einer Massenuniversität. Eins ist jedenfalls klar: Die Hochschulreform von 1969 hat es nicht geschafft, neue Formen der Solidarität zwischen Lehrenden und Lernenden zu stiften. Vor diesem Hintergrund ist die hochschulpolitische Debatte im SDS interessant. Besonders die Hochschul-Denkschriften von 1957 bzw. 1961, deren Autoren sich damals auf der Grundlage der Theorie von Karl Marx und Wilhelm von Humboldt mit den Problemen einer Massenuniversität in der modernen Industriegesellschaft auseinandergesetzt haben, müßte bei der notwendigen kritischen Hinterfragung der Erfahrungen der letzten 20 Jahre wieder herangezogen werden. Um nur einen Aspekt zu nennen: Der SDS ging damals von der Notwendigkeit eines autonomen Status der Universität gegenüber der Welt der Politik aus.

Mitte der 60er Jahre brachte der Westberliner SDS die geopolitische Sondersituation der eingemauerten Teilmropole ganz bewußt ins Spiel. Die Kritik richtete sich jetzt nicht mehr vage gegen den Neokolonialismus, sondern konkret gegen die Militär- und Außenpolitik der USA. Wir waren uns damals darüber im Klaren, daß West-Berlin einer der letzten Orte der westlichen Welt war, wo sich die Mehrheit der Bevölkerung noch mit der Politik der amerikanischen Schutzmacht identifizierte. Gerade dadurch wurde West-Berlin auch für die Regierungspolitik von Lyndon B. Johnson zu einem neuralgischen Punkt. Denn wenn dort große Teile der Intelligenz gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam auf die Straße gingen, dann fühlte sich das amerikanische Establishment von den letzten Freunden verlassen. Durch unsere Demonstrationen sollte ganz bewußt auch die Anti-Kriegs-Bewegung in den USA unterstützt werden. Der amerikanische Verteidigungsminister Robert McNamara äußerte – wie wir heute aus den inzwischen freigegebenen Akten des US-State-Department wissen – während einer geheimen Ausschußsitzung des Kongresses auf bohrende Fragen von Abgeordneten, wie die Johnson-Regierung die immens gestiegenen Herausforderungen des Vietnam-Krieges zu meistern gedenke: „Ich denke, wir können ... erwarten, daß Deutschland eine wichtigere militärische Rolle als bisher bei der Verteidigung der freien Welt übernehmen wird.“ Während des Aufenthaltes von Bundeskanzler Ludwig Erhard in Washington erklärte Präsident Johnson, die Bundesrepublik Deutschland habe nun die große Chance, den Amerikanern das zurückzugeben, was sie ihnen verdanke. Trotz der Hinweise der Bundesrepublik, daß sie aus politischen Gründen keine Einheiten der Bundeswehr nach Vietnam entsenden könne, daß sie in besonderem Maße den kommunistischen Propagandaangriffen ausgesetzt sei und schließlich die westdeutschen Teilstreitkräfte gar nicht für einen Einsatz außerhalb der NATO ausgerüstet seien, ließen die Amerikaner von ihren Wünschen nicht ab. Auch das Argument, daß die Wehrverfassung ausschließlich defensive Aufgaben im Falle eines äußeren Angriffs zulasse, konterten sie mit dem Hinweis auf Artikel 5 des NATO-Vertrags, nach dem die Bundesrepublik verpflichtet war, bei einem

Angriff auf einen Mitgliedstaat Beistand zu leisten „einschließlich der Anwendung von Waffengewalt“. Erst durch die studentischen Proteste nach dem 2. Juni 1967 in West-Berlin und der Bundesrepublik wurden diese Pläne fallengelassen. Zu dieser Zeit war übrigens Ludwig Erhard, der des öfteren die Unruhe unter den Studenten als Argument gegen eine deutsche militärische Beteiligung angeführt haben soll, schon von einer Clique um Konrad Adenauer gestürzt und von Kurt Georg Kiesinger abgelöst worden.

Die Großstadt-SPD in West-Berlin und Frankfurt am Main behandelte nach dem 2. Juni 1967 die demonstrierenden Jungakademiker als innenpolitische Feinde. Diese Feindfixierung zwischen der antiautoritären Szene und der Sozialdemokratie verhinderte für rund zehn Jahre fast alle gegenseitigen Lernprozesse. Erst nach dem mörderischen Attentat der Roten Armee Fraktion (RAF) auf den Generalbundesanwalt Siegfried Buback am 7. April 1977, dem auch sein Fahrer Wolfgang Göbel und der begleitende Justizwachtmeister Georg Wurster zum Opfer fielen, initiierte der Berliner Wissenschaftssenator Peter Glotz im Wintersemester 1977/78 eine Debatte an den Universitäten unter der programmatischen Überschrift „Zurück zur politischen Diskussion“. Im Rahmen dieser Gesprächsreihe trat Rudi Dutschke am 2. Dezember 1977 zum ersten Mal nach dem Anschlag gegen ihn wieder in Berlin im Auditorium maximum der Technischen Universität auf.

Seit er sich am Grabe des am 9. Oktober 1974 nach einem Hungerstreik verstorbenen Holger Meins zu der mißverständlichen Äußerung „Holger, der Kampf geht weiter“ hatte hinreißen lassen, waren die Medien auf Dutschkes Stellungnahme zur Gewaltfrage gespannt. Dieser sprach sich eindeutig gegen Gewalt aus und sah eine Chance für einen „westeuropäischen Sozialismus“ nur „durch Aufklärung und Mobilisierung“. Sein Projekt war nunmehr eindeutig die „Selbstbefreiung des Menschen durch Aufklärung“ und nicht der bewaffnete Kampf kleiner Desperado-Gruppen. Vor dem Hintergrund der vielen Toten erklärte er: „Kein Mensch ist austauschbar“, und seine Kritik am individuellen Terror formulierte er so: „Wir wissen nur zu gut, was die Despotie des Kapitals ist, wir wollen sie nicht ersetzen durch Terror-Despotie.“

Am Vorabend der studentischen Revolte von 1967/68 war die westdeutsche Teilgesellschaft eine Gesellschaft des kollektiven Nicht-Hinterfragens: Die neuere deutsche Geschichte schien hoffnungslos verriegelt. Die übergroße Mehrheit der noch einmal Davongekommenen wollte ganz einfach keine Debatte über die Ursachen oder die Verantwortung der Deutschen (und Österreicher) für den industriellen Mord an den Juden Europas.

Der SDS gehörte in den 50er Jahren zu jener kleinen Minderheit in der Bundesrepublik, die durch Aufklärungsaktionen – z. B. über die nationalsozialistischen Juristen, die mittlerweile im westdeutschen Teilstaat wieder oftmals erneut öffentliche Ämter bekleideten – sich gegen eine Verjährung der NS-Verbrechen wandten (vgl. das Kapitel „Ungesühnte Nazijustiz“). Das Flaggschiff des westdeutschen Restbürgertums, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, unterstellte

darauffin dem SDS, die sozialistischen Studenten hätten sich vor den „Karren“ der SED spannen lassen. Das Freund-Feind-Denken dominierte Ende der 50er Jahre also nicht nur das Denken in der Führungsetage der SED.

Mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 wurde die „Entnazifizierung“ für abgeschlossen erklärt, während der Kommentator der Nürnberger Rassengesetze, Hans-Maria Globke, Chef des Bundeskanzleramtes und der ehemals in Riga mit der „Verwaltung jüdischen Vermögens“ befaßte Karl Friedrich Vialon Staatssekretär waren. (Globke hat sich selbst allerdings eher als Mann des katholischen Milieus gesehen und den Vatikan mehrfach über die interne Entwicklungen in der NS-Justiz informiert.) Erst die linken Studenten waren bereit, nach der Phase des „kommunikativen Beschweigens“ (Hermann Lübke) sich der NS-Vergangenheit zu stellen und die Verbrechen aufzuarbeiten, und das taten sie hauptsächlich an ihren Universitäten. Es sei eine Katastrophe für die Konservativen gewesen, so Lübke später, daß sie das Thema NS und Antisemitismus den Linken überlassen hätten.

Die Kampagne gegen die geplanten Notstandsgesetze der Großen Koalition führte die „außerparlamentarische Opposition“ (APO) zusammen mit der IG-Metall auf den Zenit der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit. Die Verabschiedung dieser (inzwischen mehrfach veränderten bzw. abgeschwächten) Gesetze im Bundestag im Mai 1968 markierte gleichzeitig auch den „Anfang ihrer Auflösung“ (Rainer Bieling).

In unserer ersten Auflage der „Kleinen Geschichte des SDS“ haben wir bereits 1977 die These vertreten, daß der SDS jener Jahre „noch weitgehend ein SPD-konformer Studentenbund mit Aufstiegschancen im Parteiapparat“ gewesen sei. Andererseits sei in der Gründungsphase die „organisatorische Unabhängigkeit“ in der SPD – im Gegensatz zu den Arbeitsgemeinschaften in der Partei – garantiert gewesen. Was den organisatorischen und politischen Charakter des Bundes in der Frühphase betrifft, so hat Tilman Fichter – gestützt auf eine erweiterte Quellenbasis – in seiner Untersuchung „SDS und SPD – Parteilichkeit jenseits der Partei“ einige Korrekturen an unserer damaligen Einschätzung vorgenommen und genauere Aussagen darüber gemacht, inwieweit der damalige SDS ein „Nachwuchsreservoir“ bzw. „Karrieresprungbrett“ für die Partei gewesen ist

Unsere damalige These, der SDS sei ein „SPD-konformer Studentenverband mit Aufstiegschancen im Parteiapparat“ gewesen, ist danach folgendermaßen zu konkretisieren: Der SDS der Aufbauphase war ein – weitgehend – parteitreuer Studentenverband mit einer stark ausgeprägten bündisch-föderalen Gruppenstruktur. Fast 60 % seiner Vorstandsmitglieder schlugen später eine erfolgreiche politische Laufbahn ein. Die „Aufstiegschancen“ beschränkten sich nicht nur auf den Parteiapparat, sondern umfaßten auch die Landesparlamente und den Bundestag, die Landes- und Bundesregierungen sowie die Kommunalpolitik und die Institutionen der Dritten Gewalt (einschließlich der Rechnungshöfe).

Diese Gründergeneration legte aber auch das Fundament für die spätere Entwicklung des SDS, weil sie darauf bestand, daß der sozialistische Studentenbund

seine Autonomie von der Partei – trotz aller Anfechtungen von innen und außen – erfolgreich verteidigte. Diese föderative und bündische Struktur des Studentenbundes – später im Dutschke-Krahl-SDS oft in Unkenntnis der eigenen Geschichte als „sozialdemokratische Organisationsstruktur“ mißverstanden – war die unabdingbare Voraussetzung für die Herausbildung des „diskutierenden SDS“ (Jürgen Habermas) zu Anfang der sechziger Jahre.

Wäre der Verband dagegen durch die Berliner Initiativen 1947 als Arbeitsgemeinschaft in die SPD eingegliedert worden, so hätte er wahrscheinlich ein ähnlich trauriges Schicksal erlitten wie der am 9. Mai 1960 vom Schmidt-Brandt-Wehner-Parteivorstand initiierte parteikonforme „sozialdemokratische Hochschulbund“ (SHB). Es war sicherlich kein Zufall, daß seit Mitte der siebziger Jahre dieser vom SPD-Parteivorstand, also von außen, angeleitete Hochschulbund vom kadermäßig organisierten, kommunistischen MSB Spartakus zunehmend politisch vereinnahmt worden ist. Im Gegensatz zum SDS entwickelte der SHB niemals ein eigenständiges politisches Profil.

Wir haben uns in der vierten, überarbeiteten Auflage der kleinen Geschichte des SDS mit drei Generationenlagen auseinandergesetzt: der vorwiegend soldatischen Gründergeneration des SDS, der Flakhelfer- und HJ-Generation, der Zwischengeneration der undogmatischen „neuen Linken“ Ende der 50er Jahre und der Generation der Kriegskinder. Ca. 15 Millionen Menschen, die heute in Deutschland leben, sind zwischen 1930 und 1945 geboren. In den Jahren des antiautoritären Aufstands 1967-68 meldete sich diese Generation zum ersten Mal laut zu Wort und ließ sich dann auch das Wort nicht einfach wieder von den anderen Kohorten entziehen. Hans-Jürgen Krahl (Jahrgang 1943) und Rudi Dutschke (Jahrgang 1940) waren Exponenten dieser antiautoritären Bewegung, die Geschichte erneut für machbar hielt. Daß dies mehr als bloßer Voluntarismus war, machen ihre Texte auch heute noch deutlich. Krahl stand für einen philosophiekritisch reflektierten Marxismus, und Dutschke stritt für einen „Sozialismus mit menschlicher Wärme“. Beider früher Tod (Krahl starb im Februar 1970 durch einen Autounfall und Dutschke an den Folgen des im April 1968 auf ihn verübten Attentats am 24. Dezember 1979 in Aarhus/Dänemark) ist kein Gegenbeweis zu Demokratie und Sozialismus.

Wer weitere Informationen über den SDS sucht, sollte die faktenreiche Studie von Willy Albrecht „Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) – Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken“ sowie die kleine Studie von Uwe Rohwedder „Helmut Schmidt und der SDS“ lesen. Außerdem empfehlen wir die Arbeiten von Wolfgang Kraushaar und die Studie von Tilman Fichter „SDS und SPD – Parteilichkeit jenseits der Partei“ aus dem Jahre 1988. Darüber hinaus ist in der Schriftenreihe des ehemaligen „Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung“ im Jahre 2002 der erste Band einer weiteren umfangreichen wissenschaftlichen Studie über die antiautoritäre Phase des SDS erschienen (Siegward Lönnendonker/Bernd Rabehl/Jochen Staadt, „Die antiautoritäre Revolte – Der Sozialistische

Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD 1960-1967“). 2011 veröffentlichten wir im Klartext Verlag in Essen ein weiteres Buch über die nationale Frage: „Dutschkes Deutschland“. 50 Jahre nach 1968 legen wir hiermit eine Gesamtdarstellung der Geschichte dieses Studentenbundes vor.

Unsere Veröffentlichungen sind im wesentlichen aus der Arbeit im APO-Archiv der Freien Universität entstanden (heute Teil des Universitätsarchivs, Leitung: Dr. Birgit Rehse). Siegward Lönnendonker arbeitet dort zur Zeit als ehrenamtlicher Mitarbeiter an der archivischen Erschließung und Digitalisierung des SDS-Archivs des Bundesvorstands (BV). Es handelt sich um ca. 400 Ordner mit jeweils ca. 300 Blättern des Bestands, denen besonderer historischer Wert zukommt, konkret: umfangreiche Korrespondenzen des BV mit sämtlichen Landesverbänden und Gruppen, Unterlagen zur Hochschulpolitik, zu Organisationsfragen, zu Seminaren, Kongressen und Kampagnen (z. B. Anti-Springer-Kampagne) sowie zu DDR/FDJ- und Auslandskontakten des SDS-BV. Die Arbeit wird voraussichtlich Mitte 2018 abgeschlossen sein. Die Dokumente des wohl wichtigsten Studentenverbandes der Nachkriegszeit werden auf diese Weise vor dem Verfall bewahrt und der zeitgeschichtlichen Forschung via Internet zur Verfügung gestellt.

Der Fotoreporter Klaus Mehner, Autor der Fotoserie „Die Berliner SDS-Story“, ist am 19. September 2016 verstorben. Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat auch die APO-Fotos von Klaus Mehner mit allen Rechten übernommen. Wir danken der Stiftung für die Erlaubnis, sie für diesen Band zu verwenden. Unser Dank gilt ebenfalls Frau Kathrin Butt und Wolfgang Kraushaar, die uns bei unserer Arbeit sehr geholfen haben.

Tilman P. Fichter
Siegward Lönnendonker